



Aktuelle Informationen aus dem Parlament

63. NR-Sitzung – Mittwoch, 27. Februar 2019

Eingeleitet wurde der Sitzungstag mit einer Aktuellen Stunde der SPÖ: „Tun Sie alles für die Sicherheit unserer Kinder im Straßenverkehr, Herr Minister?“

„Wenn wir den toten Winkel schließen, beenden wir das Sterben von Kindern“

Abbiegeassistenten können schon heute eingeführt werden, wir brauchen keine Übergangsfristen.

Was sind uns Menschenleben und insbesondere Kinderleben wert? Entscheiden wir uns für die Sicherheit und gegen den toten Winkel.

Am 31. Jänner ist in Wien ein neunjähriger Bub ums Leben gekommen, weil ein LKW keinen Abbiegeassistenten hatte. Grund dafür war der tote Winkel, der bei LKW sehr groß ist. Doch diesen großen toten Winkel muss es nicht geben, weil LKW nachgerüstet werden können. Kosten und Wettbewerbsfähigkeit dürfen niemals über die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung gestellt werden.

TAGESORDNUNG

TOP 1: Bericht des Verfassungsausschusses über den Gemeinsamen Bericht des Bundeskanzlers und des Bundesministers für EU, Kunst, Kultur und Medien betreffend EU Jahresvorschau 2019 gemäß Artikel 23f Absatz 2 B-VG (III-247/505 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, N, dagegen: S, J

Inhalt: Das von Rumänien, Finnland und Kroatien erstellte *Achtzehnmonatsprogramm des Rates* umfasst den Zeitraum 1. Jänner 2019 – 30. Juni 2020. Die Schwerpunktsetzung liegt auf der Abwicklung des Brexits und dessen Folgen.

Botschaften:

- Die Bilanz des österreichischen Ratsvorsitzes ist nicht zufrieden stellend;
- Beim Brexit wirkt die BReg. nicht gut vorbereitet, und
- agiert ohne Einbindung der Oppositionsparteien.

TOP 2: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (491 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Vertragsbediensteten-gesetz 1948, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Landesvertragslehrpersonen-gesetz 1966, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz, das Ausländerbeschäftigungsgesetz, das Studienförderungsgesetz 1992, das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, das Integrationsgesetz, die Rechtsanwaltsordnung, das EIRAG und das Marktordnungsgesetz 2007 geändert werden sowie ein Bundesgesetz zur kollisionsrechtlichen Beurteilung von im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland registrierten Gesellschaften mit Verwaltungssitz in Österreich erlassen wird (Brexit-Begleitgesetz 2019 – BreBeG 2019) (506 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, N, J, dagegen: S

Inhalt: Insgesamt kommt es der juristischen Fachwelt eigenartig vor, dass mit der Änderung von 16 Gesetzen (plus § 27 Antrag) für den Fall eines Brexits ohne Abkommen (harter Brexit) das Auslangen gefunden werden kann. Eine Analyse dieses Gesetzentwurfes für 16 Novellen zu Stammgesetzen zeigt deutlich, dass die Bundesregierung keine einheitliche Systematik für den Fall der Fälle vorbereitet hat.

Beurteilung: Für die SPÖ ist jedoch ein Umstand von hervorragender Bedeutung, nämlich jener, dass alle österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger für den Fall des Austrittes eines Mitgliedsstaates aus der Europäischen Union in ihren Rechten größtmöglichen Schutz erfahren müssen.

TOP 3: Bericht und Antrag des Verfassungsausschusses über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Versicherungsaufsichtsgesetz 2016 geändert wird (507 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, N, J, dagegen: S

Inhalt: Es handelt sich hierbei um eine technische Änderung.

TOP 4: Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über die Regierungsvorlage (492 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird (497 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, dagegen: S, N, J

Inhalt: Anbringung eines Lichtbildes auf der e-card für jene Personen, für die kein Lichtbild in einem Personenregister des BMI oder im Führerscheinregister des BMVIT vorhanden ist. Offenbar ist im bereits begonnenen Umsetzungsprozess hervorgekommen, dass bei einer sehr großen Zahl von Personen (laut Entwurf 1,5 Mio. Menschen!) nicht die erforderlichen Fotos in den bestehenden Registern (ua. Reisepass, Personalausweis, Führerschein) vorhanden sind.

Kosten: ca. 33 Mio. € bis 2023 – ca. 6,6 Mio. € pro Jahr;

Im Vergleich dazu: gesamte SV-Selbstverwaltungskosten 5,5 Mio. € pro Jahr.

Beurteilung: Wieder einmal ist eine Regierungsvorlage ohne Begutachtung dem Nationalrat übermittelt worden.

Botschaft: 33 Mio. € Versichertengelder werden verschwendet für ein Foto, das keinen Mehrwert der e-card bringt!

TOP 5: Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Antrag 535/A der Abgeordneten Peter Haubner, Mag. Christian Ragger, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz, mit dem die Überlassung von Arbeitskräften geregelt wird (Arbeitskräfteüberlassungsgesetz - AÜG) BGBl. Nr. 196/1988, geändert wird (498 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, N, dagegen: S, J

Inhalt: In § 22d Abs. 1 ist derzeit eine Erhöhung des Arbeitgeberbeitrags von 0,35% zum Sozial- und Weiterbildungsfonds in mehreren Stufen vorgesehen, und zwar auf 0,5% ab dem 2. Quartal 2019 und auf 0,8% ab dem 2. Quartal 2021. Die Beitragsgrundlage entspricht der Beitragsgrundlage im ASVG. Nunmehr wird der Entfall dieser Beitragserhöhungen vorgeschlagen.

Botschaft: Statt ArbeitnehmerInnen zu qualifizieren, werden Arbeitgeber entlastet. Das ist die arbeitnehmerfeindliche Politik dieser Regierung.

TOP 6: Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Antrag 575/A der Abgeordneten Josef Muchitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsruhegesetz, das Feiertagsruhegesetz 1957, das Bäckereiarbeiter/innengesetz 1996 und das Land- und Forstarbeiter-Dienstrechtsgesetz geändert werden (499 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, N, dagegen: S, J

Inhalt: Karfreitag als Feiertag für alle ArbeitnehmerInnen.

Beurteilung: Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass der Karfreitag für alle ArbeitnehmerInnen, unabhängig von der Religion, ein freier Tag sein muss bzw. bei Arbeit am Karfreitag Feiertagsarbeitsentgelt zu zahlen ist, solange der Gesetzgeber nicht eine anderweitige diskriminierungsfreie Regelung trifft.

Botschaft: Mit einem zusätzlichen Feiertag für alle AN würde ein kleiner Ausgleich für die Belastungen durch diese Bundesregierung geschaffen.

TOP 7: Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Antrag 606/A der Abgeordneten Mag. Ernst Gödl, Dr. Dagmar Belakowitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsruhegesetz, das Bäckereiarbeiter/innengesetz 1996, das Feiertagsruhegesetz 1957, das Landarbeitsgesetz 1984, das Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, das Land- und Forstarbeiter-Dienstrechtsgesetz und das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz geändert werden (500 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, dagegen: S, N, J

Inhalt: Lediglich Anpassungen an die aktuellen Ressortbezeichnungen im Bundesministeriengesetz sowie redaktionelle Berichtigungen.

TOP 8: Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Antrag 586/A(E) der Abgeordneten Daniela Holzinger-Vogtenhuber, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Entschädigung österreichischer ArbeitnehmerInnen für die diskriminierende Karfreitags-Feiertagsregelung (501 d.B.)

ABSTIMMUNG: Antrag auf Kenntnisnahme eines ablehnenden Ausschussberichts

Dafür: V, S, F, N, dagegen: J

Inhalt: „Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Regierungsvorlage zur Entschädigung der von § 7 Abs. 3 ARG nicht erfassten und laut Erkenntnis des EuGHs (Rechtssache C-193/17) diskriminierten ArbeitnehmerInnen zu erarbeiten und dem Nationalrat ehestmöglich zuzuleiten.“

Beurteilung: Die Liste Jetzt ist der Meinung, dass ArbeitnehmerInnen, die seit In-Kraft-Treten der entsprechenden europäischen Rechtsgrundlagen (Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf; Charta der Grundrechte der Europäischen Union, 200/C 364/01) durch § 7 Abs. 3 ARG diskriminiert wurden, Anspruch auf eine entsprechende Entschädigung haben.

TOP 9: Bericht des Ausschusses für Familie und Jugend über den Antrag 584/A der Abgeordneten Norbert Sieber, Edith Mühlberghuber Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967, das Kinderbetreuungsgeldgesetz sowie das Familienzeitbonusgesetz geändert werden (494 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, N, dagegen: S, J

Inhalt: Der Initiativantrag sieht vor, dass Krisenpflegepersonen künftig Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld haben, wenn das Kind mindestens 91 Tage durchgehend in einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft betreut wird. Durch eine entsprechende Anpassung im Familienlastenausgleichsgesetz wird auch der Anspruch auf Familienbeihilfe sichergestellt. Der vorgelegte Gesetzestext legt allerdings auch fest, dass Krisenpflegeeltern, die Kinder weniger als 91 Tage betreuen, künftig kein Kinderbetreuungsgeld erhalten.

Inhalt Abänderungsantrag SPÖ: Die SPÖ legt den Gesetzesantrag vor, der ermöglicht, dass Krisenpflegeeltern Kinderbetreuungsgeld ab dem ersten Tag erhalten. Ein Krankenhausaufenthalt des Kindes, der Mutter oder des Kindes gemeinsam mit der Mutter steht dem Vorliegen einer Familienzeit nicht entgegen.

Inhalt Entschließungsantrag SPÖ: Die Bundesregierung wird aufgefordert dem Nationalrat unverzüglich eine Regierungsvorlage zu übermitteln, die in einem ersten Schritt einen Rechtsanspruch auf einen Papamonat für alle Väter inclusive Kündigungsschutz vorsieht.

Botschaften:

- Die Familienministerin hat Krisenpflegeeltern bereits im Sommer 2018 versprochen, dass sie in Zukunft Kinderbetreuungsgeld bekommen.
- Die vorgelegte Lösung ist völlig untauglich und schließt Krisenpflegeeltern, die Kinder weniger als 91 Tage aufnehmen vom Kinderbetreuungsgeld aus.
- Die SPÖ fordert Kinderbetreuungsgeld für Krisenpflegeeltern ab dem ersten Tag.

- Die SPÖ fordert unverzüglich einen Rechtsanspruch auf einen Papamonat für alle Väter inklusive Kündigungsschutz.

TOP 10: Bericht des Ausschusses für Familie und Jugend über den Antrag 185/A(E) der Abgeordneten Daniela Holzinger-Vogtenhuber, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend Schaffung der Möglichkeit, Väterkarenz auch im Anschluss an den Familienzeitbonus in Anspruch zu nehmen (493 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, N, dagegen: S, J

Inhalt: Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Gesetzesänderung des Familienzeitbonusgesetzes zu initiieren, wonach es direkt im Anschluss an die Inanspruchnahme des Familienzeitbonus möglich ist, eine Väterkarenz in Anspruch zu nehmen.

Botschaft: Die SPÖ befürwortet Maßnahmen, welche Partnerschaftlichkeit in der Familie und elterliches „Halbe-Halbe“ stärken.

TOP 11: Sammelbericht des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen über die Petitionen Nr. 5, 7, 11 und 14 sowie über die Bürgerinitiativen Nr. 33, 38, 39, 48, 50 und 51 (495 d.B.)

Abstimmung: Einstimmig angenommen

Inhalt: Der Sammelbericht enthält jene Initiativen, die vom Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen entweder einem Fachausschuss zugewiesen oder zur Kenntnis genommen wurden.

Botschaften:

- SPÖ tritt im Parlament für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ein
- SPÖ Abgeordnete bringen Forderungen der Bevölkerung mittels Petitionen ins Hohe Haus und unterstützen Bürgerinitiativen.

HINWEIS: Petitionen und Bürgerinitiativen können auf elektronischem Wege unterstützt werden. Alle Infos dazu sind auf der Parlamentshomepage abrufbar:

<http://www.parlament.gv.at/PERK/BET/>

<http://www.parlament.gv.at/HILF/elektronischeZustimmungserklaerung.shtml>

**PETITION „Kein Ausverkauf des Wassers“ eingebracht von NR Erwin Preiner
Ersuche um online Unterstützung! Wasser ist Leben!**

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/PET/PET_00012/index.shtml

TOP 12: Erste Lesung über den Antrag 576/A der Abgeordneten Gabriele Heinisch-Hosek, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Väter-Karenzgesetz und das Landarbeitsgesetz 1984 geändert werden

Keine Abstimmung

Inhalt: Schaffung des Rechtsanspruches auf den „Papamonat“ in der Privatwirtschaft.

Botschaft: Alle Väter sollen die Möglichkeit haben einen Papamonat in Anspruch zu nehmen.

TOP 13: Erste Lesung über den Antrag 577/A der Abgeordneten Josef Muchitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz und das Landarbeitsgesetz 1984 geändert werden

Keine Abstimmung

Inhalt: Schaffung des Rechtsanspruches auf Pfl egeteilzeit und Pflegekarenz. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen mit 1. Juli 2019 in Kraft treten.

Botschaft: Zur besseren Bewältigung von Pflegeaufgaben im Familienkreis wollen wir einen Rechtsanspruch auf Pflegekarenz oder Pfl egeteilzeit.

Parlamentarische ANFRAGEN

● 1) **Lebensmittelverschwendung**

Schätzungen zufolge werden in der EU pro Jahr 88 Millionen Tonnen Lebensmittel verschwendet. Dies entspricht umgerechnet einer Menge von 173 Kilogramm pro Person. In Österreich werden jährlich ca. 760.000 Tonnen Lebensmittel durch die Landwirtschaft, die Produktion, den Handel, die Gastronomie und die privaten Haushalte entsorgt

LINK ZUR ANFRAGE – VOLLTEXT:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/J/J_02960/imfname_738878.pdf

● 2) **Treibhausgas-Emissionen in Österreich**

Die Treibhausgas-Emissionen in Österreich sind von 2016 auf 2017 um rd. 3,3% gestiegen und liegen bei 82,3 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent, so die Treibhausgas-Bilanz des Umweltbundesamtes für das Jahr 2017. Das bedeutet um rd. 2,7 Mio. Tonnen mehr Emissionen als im Jahr 2016.

LINK ZUR ANFRAGE – VOLLTEXT:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/J/J_02957/imfname_738867.pdf

● 3) **freiwillige, unbezahlte Arbeit und Ehrenamt**

Freiwillige, unbezahlte Arbeit sorgt in Österreich jährlich für eine Wertschöpfung von mehr als zehn Milliarden Euro. Vier Millionen Menschen in Österreich arbeiten zugunsten der Gesellschaft aus freien Stücken und ohne Entgelt.

Freiwilliges Engagement ergänzt innerhalb des Sozialstaats die sozialversicherungspflichtige Arbeit. In Österreich leisten 46 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren in irgendeiner Form Freiwilligenarbeit.

LINK ZUR ANFRAGE – VOLLTEXT:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/J/J_02939/index.shtml

PRESSEMELDUNGEN

OTS

[Preiner: SPÖ will europaweites Verbot des krebserregenden Umweltgifts Glyphosat](#)

SPÖ bringt Antrag für Totalverbot von Glyphosat ein
27.02.2019

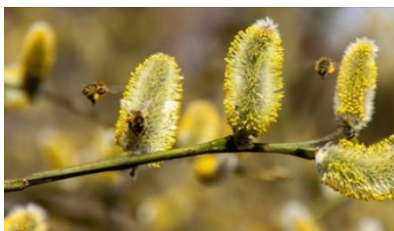
[Preiner: Jeder Lawinentote ist einer zu viel – Ministerin hat Schutzwaldbewirtschaftung sträflich vernachlässigt](#)

Wien (SK) Der bisherige Winter mit seinen Schneemengen hat in Österreichs Bergen bis heute 18 Tote durch Lawinen gefordert. „Jeder Lawinentote ist einer zu viel.“
27.02.2019

[Preiner: Panik der ÖVP vor dem Wolf ist verzichtbar](#)

Wolfsmanagement, Herdenschutzoffensive und angemessene Entschädigungszahlungen sind notwendig
14.02.2019

FACEBOOK: <https://www.facebook.com/preinererwin/>



27.2.2019

Antrag (eingebracht von den Abgeordneten Schieder, Leichtfried, Preiner) für sofortiges Verbot des Inverkehrbringens von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat!

Link zum Antrag:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00623/imfname_738691.pdf

Studien belegen, dass Glyphosat krebserregend ist und schwerwiegende Auswirkungen auch auf die Tiergesundheit hat. Gemeinsam mit dem sozialdemokratischen EU-Spitzenkandidaten Andreas Schieder habe ich heute im Parlament einen Antrag für ein Verbot von Glyphosat eingebracht.

Zuerst stirbt die Biene, dann der Mensch. Soweit darf es mit Sicherheit nicht kommen. Die Österreicherinnen und Österreicher haben ein Recht auf eine gesunde Umwelt und gesunde Ernährung ohne Gift.

Österreich ist Europameister in Sachen Bio-Landwirtschaft. Diese Vorreiterrolle Österreichs in Sachen Bio-Landwirtschaft muss weiter ausgebaut werden.

Bei der Verpflegung in Kasernen, Spitälern, Schulen, Kindergärten, Pensionistenheimen und anderen öffentlichen Institutionen muss der Bio-Anteil schrittweise erhöht werden.

**27.2.2019**

Jeder Lawinentote ist einer zu viel!

Der bisherige Winter mit seinen Schneemengen hat in Österreichs Bergen bis heute 18 Tote durch Lawinen gefordert. Jeder Lawinentote ist einer zu viel. Naturnahe Schutzmaßnahmen wurden verabsäumt und Schutzwaldpflege vernachlässigt.

Köstingers Sonderaktionsprogramm bis 2022 für Lawinenschutz in Höhe von 45 Mio. Euro aus dem Katastrophenfonds kommt reichlich spät.

„Lawinenschutz in Zukunft“ primär durch Umsetzung von technischen Schutzprojekten wie Stützverbauungen, Verwehungszaune, Ablenk- bzw. Auffangdämme ist die wohl teuerste Schutzmaßnahme. Laut Bericht des Rechnungshofes sind technische Maßnahmen zum Lawinenschutz um bis zum 150fach teurer als Sanierungsmaßnahmen für den Schutzwald.

Mag sein, dass dem Wald der Bericht des Rechnungshofes egal ist, wie es Ministerin Köstinger im Ausschuss formulierte. Ihr selbst scheint er das jedenfalls zu sein. Bereits ihre Amtsvorgänger haben hier Maßnahmen verabsäumt. Der Zustand des Schutzwaldes ist schlecht und es erfolgen im Vergleich zur übrigen Waldfläche nur 25% der Pflegemaßnahmen am Schutzwald, der im Besitz der österreichischen Bundesforste und somit der Republik Österreich steht.

Primär wird auf Profit durch Holzverkauf aus dem Wirtschaftswald gesetzt, der Schutzwald als natürlicher Lawinenschutz wird ignoriert. Profitinteressen durch Holzverkauf werden dem Schutz von Menschenleben vorgezogen!

**25.2.2019**

Glyphosat muss endlich verboten werden!

Ich setze mich bereits seit langem vehement für ein Verbot von Glyphosat ein. National und auf europäischer Ebene muss das Pflanzengift endlich verboten werden.

Als SP-Bereichssprecher für Landwirtschaft und ländlichen Raum bringe ich gemeinsam mit KollegInnen bei der Nationalratssitzung am Mittwoch erneut einen Antrag für ein VERBOT von Glyphosat ein.

Der burgenländische Landtag hat das bereits im Jänner 2018 getan - in einem Schulterchluss aller Fraktionen – nur die ÖVP stimmte DAGEGEN.

Österreich handeln muss. An einem nationalen Glyphosat-Verbot führt kein Weg vorbei.

Per Regierungsbeschluss hat das Burgenland den Einsatz von Glyphosat in der Landesverwaltung und allen Landesbeteiligungen untersagt; im Bereich der Landesstraßenverwaltung wird dieses Pflanzengift seit 2014 nicht mehr verwendet. Auch zahlreiche Gemeinden haben sich einen Glyphosat-Verzicht bereits angeschlossen und werden dafür von Umweltlandesrätin Astrid Eisenkopf mit einem Landes-Gütesiegel ausgezeichnet.

**22.2.2019**

BZSV - Mit voller Kraft für die Sicherheit!

Gemeinsam mit Bildungsdirektor Zitz präsentierte ich heute ein erfolgreiches Jahr 2018 und gab einen Ausblick auf die Tätigkeiten 2019. Beginnend von der Safety-tour für Volksschulkinder, wo wir aufgrund der großen Nachfrage einen weiteren Vorbewerb durchführen mussten, bis hin zur länderübergreifenden Senioren-Sicherheitsolympiade bieten wir etwas für alle Altersgruppen. Auch im Jahr 2019 werden wir mit voller Kraft für die Sicherheit in unserem Bundesland arbeiten. Besonders möchte ich hier die Safety-tour, welche zum 20. Mal stattfinden wird, und die spannende Zusammenarbeit mit der HTL Pinkafeld hervorstreichen, wo es einen eigenen Ausbildungszweig der Höheren Abteilung für Gebäudetechnik mit der Zusatzausbildung „Brand- und Zivilschutz“ gibt.

Ferner werden die Themen Blackout und Cyber Crime uns weiter betreffen. Besonders hier sehen wir wesentliche Gefahren, welchen wir begegnen müssen. In enger Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion, welche sich ebenfalls sehr stark in diese Richtung engagiert, wollen wir die Kinder und Jugendlichen aufklären. So nimmt der gefährliche Trend Sexting (Versenden von erotischen Fotos oder zum Teil auch Nacktfotos via Handy) einen wichtigen Platz ein, denn laut einer aktuellen US-amerikanischen Studie hat jeder fünfte Jugendliche und jeder zweite junge Erwachsene bereits „Sextings“ versendet.

Je stärker die tagtägliche Nutzung sozialer Netzwerke ist, umso stärker steigt die Gefahr, mit Cyber-Crime (bevorzugt Hasspostings) in Berührung zu kommen. Auch in der Schule stehen wir ein für Aufklärung und Gewaltprävention. Dies beginnt bereits sehr frühzeitig in der eigenen Schullaufbahn und zieht sich wie ein roter Faden durch. Es ist unabdingbar, dass die Pädagoginnen und Pädagogen hier für Abhilfe sorgen. Das Team des Bildungsservers hat kürzlich eine kostenlose App veröffentlicht „Frag skooly“, welche wichtige Informationen für

Schülerinnen und Schüler sowie ihre Eltern liefert. Im Fokus stehen dabei hilfreiche Tipps für WhatsApp, Facebook und Co., was im Falle von Cybermobbing zu tun ist.



14.2.2019

Wölfe in Österreich: VP-Angstmache ist verzichtbar

Einerseits ist der Wolf ein EU-rechtlich streng geschütztes Wildtier, andererseits müssen wir unsere Berg- und Almwirtschaft schützen. Die wachsende Population von Wölfen bei uns und in unseren Nachbarländern lässt den Ruf der Landwirte nach Schutzmaßnahmen und Entschädigungsregelungen laut werden.

Schauen wir auf Zahlen aus 2018: 280.000 Schafe in Österreich, laut WWF verendeten 10.000 Tiere an Blitzschlag, Krankheit und Unfällen, 21 Schafe wurden vom Wolf gerissen. Vorsorge ist zu treffen, Panik und Angstmache sind nicht angebracht, der ‚böse Wolf‘ als VP-EU-Wahlkampfthema ist verzichtbar.

Durch Österreich ziehende einzelne Wölfe sehe ich als eine Herausforderung, die u.a. durch den Einsatz von Herdenschutzmaßnahmen, Zäunen als mobilen Herdenschutz für Notfälle, Elektrozäune, modernes Weidenmanagement, Schulungen für Landwirte und, beim Verlust von Nutztieren, durch finanzielle Entschädigung bewältigt werden kann.

Die FFH-Richtlinie und den EU-rechtlich verankerten Schutz des Wolfes gewährleisten und ein möglichst konfliktfreies Miteinander unterstützen, das muss Ziel sein. Laut EU-Kommission stehen im nächsten Finanzrahmen Fördermittel in Millionenhöhe für den Natur- und Artenschutz bereit. Hier sind Nachhaltigkeitsministerin Köstinger und der Bauernbund gefordert, diese Mittel auch für Herdenschutzmaßnahmen abzurufen.

Die aktuelle Diskussion zeigt wieder einmal die mangelnde Vorbereitung der Nachhaltigkeitsministerin bei aktuellen Themen auf. Die Verbreitung der Population der Wölfe in Österreich war schließlich absehbar, da der Wolf weder vor Landes- noch Staatsgrenzen Halt macht.

Eine Maßnahme wie die Errichtung eines „Österreichzentrum Wolf, Luchs, Bär“ durch das Nachhaltigkeitsministerium ist prinzipiell zu begrüßen, kommt aber wieder einmal zu spät.

Auch die nachhaltige Finanzierung solcher Maßnahmen muss seitens Ministerin Köstinger gesichert sein. Mittel stehen im EU-Programm für die ländliche Entwicklung zur Verfügung. Im Landwirtschaftsausschuss werden wir uns dem Thema Wolf in nächster Zeit im Parlament widmen.

**8.2.2019**

LEBENSLAND.BURGENLAND.

**Gemeinsame Pressekonferenz mit
LAbg. Kilian BRANDSTÄTTER**

„Die Kriminalität im Burgenland und auch im Bezirk zeigt sich 2018 rückläufig. Der Wohnraumeinbruch und die Gewalt- und Wirtschaftsdelikte sind gesunken. Dies beweist wieder einmal, dass wir im sichersten Bundesland Österreichs leben. Danke dafür an die Polizei im Burgenland“, so SP-NR Erwin PREINER am Beginn der Pressekonferenz.

Einbrüche in Wohnungen und Wohnhäuser sind im Burgenland um über 33,7 Prozent von 98 auf 65 Anzeigen gesunken. Zahl der Gewaltdelikte ist von 298 auf 280 Anzeigen nur leicht gesunken, die Wirtschaftskriminalität ist um über 18 Prozent von 604 auf 491 Anzeigen zurückgegangen.

„Erfreulich ist ebenso der Rückgang der Arbeitslosigkeit. Mit einem Minus von 4,8 Prozent ist die Arbeitslosigkeit im Burgenland im Jänner wieder über dem Österreich-Schnitt zurückgegangen. Im Bezirk Neusiedl im Vergleich 12/2017 zu 12/2018 um -3,1 %“, zeigt sich PREINER erfreut.

Das Burgenland ist damit auch weiterhin die Nummer 1 in der Ostregion. Nach dem Beschäftigungsrekord im Jahr 2018 mit > 105.000 Beschäftigten sind wir also weiter auf einem guten Weg.

„Auch nach dem Jahr des Ehrenamtes gilt es unsere unzähligen freiwilligen Helfer nach Kräften zu unterstützen. Jede/r 2. BurgenländerIn ist unentgeltlich in einem Verein tätig! Auch hier ist wieder einmal des Burgenland Vorreiter. Das Burgenland hat im eigenen Verantwortungsbereich bereits Richtlinien für die Dienstfreistellung von Einsatz Helfern. Freiwilligen bei der Feuerwehr und Mitgliedern anderer Blaulichtorganisationen, die im Landes- oder Gemeindedienst beschäftigt sind, wird jährlich bis zu zehn Tage bezahlter Sonderurlaub für Einsätze und Schulungen gewährt. Ich fordere eine bundeseinheitliche Regelung für die Lohnfortzahlung und Dienstfreistellung für freiwillige Helfer im Katastropheneinsatz. Die Aktuelle Situation - Schneefall – Lawinen – zeigt, dass es in ganz Österreich ohne Freiwillige nicht geht“, begründet PREINER seine Forderung.

Eine ebenso langjährige Forderung ist die MWST-Befreiung von Blaulichtorganisationen beim Ankauf neuer Einsatzfahrzeuge und technischer Geräte! PREINER kündigte hierzu eine parlamentarische Anfrage an die Bundesregierung an.

Das Burgenland und damit auch der Bezirk Neusiedl ist – wie andere Bundesländer auch – davon betroffen, dass eine größere Zahl an Allgemeinmediziner in den kommenden Jahren in Pension geht (60 Prozent in den nächsten zehn Jahren im Burgenland). Das Land Burgenland macht aber seine Hausaufgaben und steuert bereits seit geraumer Zeit dieser Entwicklung mit Nachdruck dagegen.

- Kostenlose Vorbereitungskurse für Uni-Aufnahmetests
- Stipendien für angehende ÄrztInnen
- finanzielle Anreize für Turnusärzte und
- eine Förderung von bis zu 60.000 Euro bei der Gründung bzw. Übernahme von Ordinationen

„Mit diesem Burgenland-Paket wird die flächendeckende Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau abgesichert. Hohe Qualität und kurze Wege – das steht für uns im Gesundheitsbereich im Vordergrund“, so PREINER.

Auch die BIO WENDE des Landes trägt zur Gesundheit der Menschen bei. Mehr als **ein Drittel** der landwirtschaftlich genutzten Fläche im BGLD wird biologisch bewirtschaftet. Bereits **mehr als 1.000 Bio-Betriebe** zählt das BGLD und genau hier setzen wir mit der Bio-Wende die Vorreiterfunktion des BGLD fort. „Die Neuausrichtung der Lebensmittelerzeugung ist der einzig richtige Schritt“, argumentiert PREINER.

„Ich werde nicht müde, es zu wiederholen: NEIN zu Glyphosat in ganz Österreich! Ebenso auch NEIN zum Gift „Neonics“. Das Burgenland wird um keine Notfallzulassung für drei von der EU im Mai verbotenen mit Neonicotinoiden gebeizte Saatgutsorten ansuchen. Es kann nicht sein, dass ein klares Verbot mit einer Notfallzulassung durch die Hintertür umgangen werden soll. Kein Gift auf unseren Feldern und in unseren Lebensmitteln“, schloss PREINER und gab das Wort an LAbg. Kilian BRANDSTÄTTER weiter.

„Klimaschutz ist DAS Gebot der Stunde. Uns muss bewusst sein, dass wir nicht die letzte Generation sind, die den Klimawandel erleben wird, aber wir sind die letzte Generation, die etwas gegen den Klimawandel tun kann!“, so BRANDSTÄTTER.

Parteilpolitische Geplänkel sieht BRANDSTÄTTER fehl am Platz, wenn es um den Klimaschutz geht. Klimaschutzende Energiepolitik, Nachhaltigkeit, alternative Energie, Bewusstseinsbildung im Bereich Klimawandel und Klimaschutz – hier ist das Burgenland Vorreiter.

„Es geht um nicht weniger, als ein gutes und gesundes Leben für alle! Vor allem um unsere Verantwortung für die uns folgenden Generationen“, so BRANDSTÄTTER.